

Hohenstein-Ernstthal-er Tageblatt

Amtsblatt

Anzeiger



Das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.

Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gerasdorf, Herrsdorf, Bernsdorf, Meinsdorf, Langenberg, Falken, Reichenbach, Callenberg, Langenschürsdorf, Grumbach, Tirschnauheim, Ruchschappel, Wilsdorf, Grün, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Lugau, Erbisch, Pleiße, Ruchdorf, St. Egidien, Güttengrund u. i. w.

Erscheint jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und kostet durch die Austräger das Vierteljahr Mt. 1.55, durch die Post bezogen Mt. 1.92 frei ins Haus.

Fernsprecher Nr. 11.

Inserate nehmen außer der Geschäftsstelle auch die Austräger auf dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-Expeditionen solche zu Originalpreisen

Ar. 213.

Geschäftsstelle: Schulstraße Nr. 31.

Donnerstag, den 12. September 1907.

Brief- und Telegramm-Adress: Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

57. Jahrg.

Bekanntmachung.

Der 3. Termin Gemeindeanlagen sowie die fälligen Schul- und Parochialanlagen werden

Freitag, den 13. d. Mts.

in der Gemeindeexpedition und außerdem von vormittags 9 bis Mittags 1 Uhr in Röbers Restauration vereinbart.

Herrsdorf, den 10. September 1907.

Der Gemeindevorstand Müller.

Aus dem Reiche.

Die sächsischen Landtagswahlen

beginnen heute mit den Wahlmännernwahl für die 3. Klasse. Voraussetzungen sind es das letzte Mal, daß sich die Wahlen nach dem indirekten Wahlmodus und nach Klassen vollziehen. Die Bedeutung der gegenwärtigen Wahl liegt vorwiegend auf politischem Gebiete, während sonst nur Fragen wirtschaftlicher Natur die Wahlparole für die Parteien schufen. Die wirtschaftlichen Momente, die für die nächsten Landtagsperiode hauptsächlich in Frage kommen — Mittelstandsfragen aller Art, Beamtenaufbesserungen, Gehaltsfragen usw. — sind nicht so tief einschneidend Natur, daß sie mit der Wahlrechtsfrage rivalisieren könnten. Trotz alledem war merkwürdigerweise von einem Wahlkampf verhältnismäßig wenig zu hören. Die Erklärung dafür dürfte in der Tatsache zu finden sein, daß man sich ziemlich klar darüber ist, daß unter der Herrschaft des noch bestehenden Dreiklassenwahlrechtes der Bestand der einzelnen Parteien schwerlich bemerkenswerte Veränderungen erleiden wird. Von Interesse dürfte es gerade im gegenwärtigen Augenblicke sein, etwas Näheres über die in der 3. Klasse am 25. vertretene Gruppe zu erfahren. Nach dem Statistischen Jahrbuche für 1907 zählte der Landtag 1869/70 u. a. 33 Landwirte, 7 Selbständige aus Industrie und Bergbau, 8 Kaufleute, 12 Rechtsanwälte, 4 Staatsbeamte, 8 Gemeindebeamte, 2 Privatbeamte, 5 Lehrer. Die Zahl der Landwirte sank nach und nach bis auf 18 im Jahr 1897/98 und stieg dann wieder auf 22 im letzten Landtage 1905/06. Die Zahl der Industriellen stieg fortgesetzt, bis sie im Jahre 1905/06 auf 25 angelangt war. In diesem Jahre betrug die Zahl der Kaufleute 14, der Baumeister 2, der Gewerbetreibenden 2, der Rechtsanwälte 3, der Ärzte 1, der Staatsbeamten 1, der Gemeindebeamten 5, der Privatbeamten 2, der Lehrer 1, der Schriftsteller 2 und der Rentner 2.

Von den Kaisermandatvern.

Vom gestrigen zweiten Mandatvertag ist zu berichten: Das 7. Korps (blau) beabsichtigte, den linken Flügel des 10. Korps (rot) bei Zielstern anzugreifen. Das 10. Korps erwartete den Feind in stark befestigter Stellung. Der rechte Flügel des 7. Korps, nämlich die 41. Division, griff um 4 Uhr 30 Min. an, wurde aber zurückgewiesen. In der Folge ging die rote Partei unter heftigem Artilleriefeuer zum Angriff über und drängte den rechten Flügel der blauen Partei auf Warburg zu, so daß das ganze 7. Korps zurückgehen mußte. Der Kaiser, die fremden Pflichtigkeiten und die fremdburglichen Offiziere wohnten dem Mandatver bei. Nachmittags 2 Uhr traf der Kaiser in Wilhelmshöhe ein.

Die Zuständigkeit der Amtsgerichte.

Die Vorarbeiten für die Reform des amtsgerichtlichen Verfahrens, deren Verlauf übrigens mehr als nötig geheim gehalten wird, scheinen recht langsam vorwärts zu schreiten. Dem Vernehmen nach hat sich die preussische Regierung dahin schlüssig gemacht, im Bundesrat für eine Erweiterung der amtsgerichtlichen Zuständigkeit auf einen Streitgegenstand von 1000 Mark einzutreten. Der Bundesrat hat danach noch keinen Beschluß gefaßt. Zurzeit sind die Amtsgerichte außer für gewisse eilige Sachen, wie z. B. Miet- und Pfandbesitzstreitigkeiten, zuständig für Sachen von einem Werte bis zu 300 Mark. Man will ihnen dazu noch zuweisen die Sachen von 300 bis 1000 Mark. Für diese würde dann in erster Instanz der Anwaltszwang fortfallen, der ja für Prozesse beim Amtsgericht nicht besteht. In Anwaltskreisen dürfte der Vorschlag Preussens daher nicht viel Anklang finden. Ob eine solche Änderung überhaupt besonderen Wert haben würde, läßt sich nur beurteilen, wenn man die Reformen kennt, die sonst noch im amtsgerichtlichen Verfahren durchgeführt werden sollen.

Da sie aber noch nicht bekanntgegeben werden, so heißt es vorläufig: abwarten!

Handwerks- und Gewerbeamtstag.

Nachdem am Montag die Deutsche Mittelstandsvereinigung in Straßburg i. E. ihre Generalversammlung abgehalten, trat gestern der 8. Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag zusammen in Anwesenheit von Vertretern des Reichsamts des Innern und zahlreicher Staatsregierungen. Auf der Tagesordnung der auf zwei Tage bemessenen Beratungen stehen u. a. die Sicherung der Bauforderungen und der Reform der Arbeiterversicherungsgeetze. Zu der Frage der Vergebung öffentlicher Lieferungen und Arbeiten an Handwerker-Vereinigungen wurde folgende Resolution angenommen: „1. Die Armeemarine- und Kolonialverwaltungen mögen, nachdem sie einen Teil ihrer Arbeiten selbst anfertigen und auch der Industrie einen weiteren Teil derselben überweisen, dem Handwerk in gleicher Weise entgegenkommen; 2. die staatlichen Behörden, wie z. B. die Post- und Eisenbahnverwaltung, sollen dazu übergehen, ebenfalls ihre Arbeiten dem Handwerk, soweit angängig, zur Ausführung zu überweisen; 3. die Kommunalverwaltungen sind anzuhaltend, dem ministeriellen Erlaß vom 23. Dezember 1905 Folge zu geben und die kommunalen Arbeiten durch die einheimischen Handwerker und Gewerbetreibenden ausführen zu lassen. Dadurch würde man den Handwerkern einen besseren Verdienst zuführen, man würde ihre wirtschaftliche Stellung verbessern und ihre Steuerkraft erhalten.“

Zur Verhütung der technischen Privatangehörigen.

Zu der vor einigen Tagen mitgeteilten Resolution der Techniker-Versammlung, in der ein starkes Bestreben darüber ausgesprochen wird, daß der Staatssekretär des Innern entschlossen sei, aus der Novelle zur Gewerbeordnung die Neuregelung der Arbeitsverhältnisse der technischen Privatangehörigen fortzulassen, wird offiziell versichert, diese Annahme sei unrichtig. Der dem Bundesrat vorliegende Gesetzentwurf enthalte Bestimmungen, durch die übereinstimmend mit dem im Reichstag geäußerten Wünschen die Rechtsverhältnisse der Werkmeister, Techniker und dergl. hinsichtlich Kündigung und Gehaltszahlung denjenigen der Handlungsgehilfen möglichst ähnlich gestaltet werde.

Der 10. Allgemeine deutsche Bergmannstag

wurde gestern in Eisenach unter Beteiligung von über tausend Teilnehmern eröffnet. Der preussische Handelsminister Delbrück, der weimarsche Minister von Wurmb, der Präsident des Reichsversicherungsamtes Geheimerat Dr. Kaufmann und Oberbürgermeister Schmieder-Eisenach begrüßten die Versammlung. Berghauptmann Scharf-Halle a. Saale, Ministerialdirektor Dr. Hebe-Weimar und Generaladministrator Rudolph wurden zu Vorsitzenden gewählt. Gegen 11 Uhr erschien der Großherzog von Sachsen-Weimar.

Zur Koblenzer Spionage-Affäre

wird von maßgebender Seite mitgeteilt, daß die Schuld des dortigen Bismarckmeisters Girstein keineswegs erwiesen und noch nicht festgestellt sei, ob Girstein dem Schiawara Druckschriften ausgehändigt habe. Girstein bestreitet ganz entschieden jede Mitschuld an Diebstahl der Druckschriften auf dem Koblenzer Regimentsbureau, den Schiawara allein ausgeführt habe, als er den befreundeten Girstein auf dem Geschäftszimmer besuchte. Gegenwärtig schweben Ermittlungen darüber, inwieweit die gestohlenen Bücher als geheime Vorchriften anzusehen sind. Die Untersuchung wird durch das Gericht der 15. Division geführt. Schiawara hat sich 1905 in das Vertrauen einzelner Militärpersonen eingeschlichen, indem er als Vorkämpfer des Solinger Kriegervereins sich vorstellte.

Es bestätigt sich, daß gegen Schiawara Anklage wegen Hochverrats erhoben ist. — Schwer gefesselt und von zwei Kriminalbeamten begleitet wurde am Dienstag am Bahnhof Rote Erde ein vornehm aussehender, stattlicher Herr mit grauem Haar Epithart in den nach Köln fahrenden Zug eingeleitet, um nach Koblenz transportiert zu werden. Es soll ein deutscher Adliger sein und mit der Landesverrats-Angelegenheit Schiawara in Verbindung stehen.

Das Urteil im Prozeß Gaedke.

das wie schon gemeldet, auf Freisprechung lautete, wurde wie folgt begründet: „Die militärische Disziplinargewalt ist ein Einfluß der Kommandogewalt des Kriegsherrn. Die Ehrengerechtigten sind in den nach Köln fahrenden Zug eingeleitet, um nach Koblenz transportiert zu werden. Es soll ein deutscher Adliger sein und mit der Landesverrats-Angelegenheit Schiawara in Verbindung stehen.“

Strafverfahren.

Wie aus Salungen berichtet wird, hat die Behörde aus Anlaß des Steinbacher Krawalls jetzt auch gegen den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Fritz Gardt ein Verfahren wegen Aufreizung zum Aufruhr, sowie wegen Verleumdung des Staatsministeriums und des Landtags eingeleitet.

Bauarbeiterstreik.

In Braunschweig sind die Bauarbeiter sämtlich in den Aufstand getreten, alle Bauten liegen still.

Bebel und Vollmar — „alte, dem Fortschritt unzugängliche Männer“

In der Pariser „Guerre sociale“ beschäftigt sich der bei der Stuttgarter Arbeiterweltverbänderung seitens der deutschen Genossen nicht ganz glimpflich behandelte Antimilitarist Gustave Hervé liebevoll mit den deutschen Obergewissen, von denen er erklärt: „Bebel und Vollmar sind alte, dem Fortschritt unzugängliche Männer, denen zudem das Verständnis für die inneren Empfindungen der Sozialisten völlig abgeht. Sie hätten sonst sehen müssen, daß die Mehrheit des Stuttgarter Kongresses dem Antrag Hervé und dessen Freunden höchst sympathisch gegenüberstand.“ — Das ist ja schrecklich! Für eine solche Gotteslästerung gibt es keine Absolution, weder im Gegenwarts- noch im Zukunftsstaat! Bebel und Vollmar Reaktionäre! Empfindend und dabei nicht die kleinste Möglichkeit, diesen unerschreiblichen französischen Bruder „fliegen“ zu lassen! Wie soll das noch enden, wenn die Insubordination im internationalen Genossenlager derart um sich greift!

Urlaub für einen sozialdemokratischen Abgeordneten.

Der bayerische Ministerrat beschloß, daß dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Rohaupter, der als Arbeiter in den Münchener Zentralverträgen beschäftigt ist, auf die Dauer der Landtagsession unter Weiterzahlung des Lohnes Urlaub zu gewähren sei.

Sozialistische Viederbühler.

In einer Sitzung der sozialistischen freien Jugendorganisation in Breslau beschloß, die Polizei alle ihre erreichbaren Viederbühler für die arbeitende Jugend, deren Herausgeber Peter-Berlin wegen Aufreizung zum Klassenhass, begangen durch das Lied „Die Arbeitermänner“ von Johann Most, in Anklagezustand versetzt werden ist.

Aus dem Auslande.

Verlangte Auslieferung.

Die deutsche Regierung verlangte vom Schweizer Bundesrat die Aus-

lieferung des in Zürich verhafteten Chemikers Ferber aus Chemnitz wegen Verbrechen wider das heimische Leben. Ferber erhob beim Bundesrat Einspruch gegen die Auslieferung.

Deutschfeindliche Demonstration magyarischer Lehrer.

Das Budapest Blatt „Uj Sir“ bringt folgende sensationelle Meldung: Bei der Erinnerungsfeier an die Schlacht von Königgrätz im 64. Infanterieregiment in Maros Vasarhely veranstalteten als Ersatzerwisten eingezogene Lehrer eine deutschfeindliche Demonstration. Als unten im Kasernenhofe das „Gott erhalte“ intoniert wurde, stimmten die Lehrer vom ersten Stock herab das Schimpflied an: „Der Deutsche ist ein Hundesott“. Als Anführer wurde der Lehrer Lakatos ermittelt und zu 21 Tagen Arrest verurteilt. Die übrigen 124 Lehrer wurden, da man die Hauptschuldigen nicht ermitteln konnte, sämtlich zu 17 Tagen Arreststrafe verurteilt.

Aus der Friedenskonferenz.

Das Plenum der Schiedsgerichtskommission der Friedenskonferenz hat gestern den aus 54 Artikeln bestehenden deutsch-englisch-französisch-amerikanischen Entwurf betreffend die Errichtung eines internationalen Preisengerichts mit 25 gegen 2 Stimmen (Brasilien und Türkei) bei 15 Stimmenthaltungen (darunter Rußland und Japan) angenommen. Nur zu Artikel 15, betreffend die Zusammenfassung des Gerichtshofes, machten mehrere, im übrigen zustimmende, amerikanische Staaten noch Vorbehalte. Zweifellos wird die Plenarkonferenz den Entwurf in gleicher Weise annehmen. Es herrscht allgemeine Befriedigung über den Abschluß dieses großen und schweren Werkes, das insbesondere auch einen hervorragenden Erfolg der deutschen Politik auf der Konferenz darstellt. Stimmenthaltung übten außer Rußland und Japan auch Dänemark, Persien und Montenegro sowie zehn Mittel- und südamerikanische Staaten.

Der russisch-japanische Handels- und Seeschiffahrtsvertrag.

Der heute zugleich mit dem Fischereivertrag veröffentlicht werden sollte, steht in Uebereinstimmung mit Artikel 12 des Portsmouther Vertrages und entspricht den mit den anderen Mächten abgeschlossenen Meistbegünstigungsverträgen. Außerdem gewähren sich Rußland und Japan gegenseitig einige Vergünstigungen, die nicht zu den wesentlichen Rechten der meistbegünstigten Nationen gehören und die zur Erleichterung des Handels dienen sollen. Der Vertrag tritt zwei Monate nach dem Austausch der Ratifikationen in Kraft. Eine weitere Konvention behandelt den Anschluß der russischen an die japanischen Bahnen in der Mandchurie.

Der Streik in Antwerpen.

Zur Verilegung des Ausstandes im Antwerpener Hafen wurde vom Vermittlungsamt ein Vergleichsvorschlag gemacht, der auf folgenden Grundlagen beruht: 1) Der Lohn wird um 50 Centimes erhöht; 2) die Arbeiter verpflichten sich, vor Ablauf eines Jahres nicht mehr von Lohn-erhöhung zu sprechen; 3) für Ueberstunden keinen Lohnzuschlag von 50 Prozent zu verlangen. Die Arbeitgeber scheinen geneigt zu sein, auf den Vorschlag einzugehen. Wie es heißt, sollen sich jedoch die Arbeiter nach wie vor ablehnend verhalten. Die Arbeit ist noch nirgends wieder aufgenommen. Die Ausständigen erklärten, daß es ihnen an Unterstützung nicht mangle und daß sie bereit seien, den Streik noch mehrere Wochen fortzusetzen. Dem Vernehmen nach sind neue Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im Gange. Die Initiative hierzu soll von einer sehr hochstehenden Persönlichkeit ergriffen worden sein. Von den drei Dönerverbänden sollen Delegierte beauftragt werden, direkt mit den Arbeitgebern zu verhandeln.

Ein Mißerfolg des englischen Schiffbaues.

Der russische Kreuzer „Kurik“, der in England erbaut ist und bei der ersten Probefahrt die vertragliche Geschwindigkeit nicht erreichte, leistete bei einer neuen Probe nur die vertragsmäßigen 21 Knoten. Da eine höhere Schnelligkeit nicht erzielt werden konnte, verfiel der Anahmeauschuss sein Endurteil bis zur dritten Probefahrt. In russischen Marinekreisen bezeichnet man den „Kurik“ wegen seiner geringen Geschwindigkeit als unzulänglich. Das russische Marineministerium prüft die Baupläne mit Kostenanschlägen für vier neu zu erbauende Schlagschiffe von je 21000 Tonnen.